

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: halbjährlich 1,20 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (hellgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 3. Juni 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Freisinn und Konfessionsschule.

Die Firma Eugen Richter Nachf. sammelt bereits Material für die nächste Wahlkampf des „Socialistenpiegels“, der 1903 das geistige Mißgeschick der vereinigten Reaktion gewesen war, der geschäftlich offenbar sich rentiert hat und politisch wesentlich zum Erfolge — unfers Dreimillionenpiegels beigetragen hat.

Diese Socialistenpiegel werden in der Weise erzeugt, daß im Laufe der Zeit in der „Freisinnigen Zeitung“, jetzt „Freie Deutsche Presse“ beiteilt, Leitartikel erscheinen, die einerseits bestimmt sind, dem Freisinn seine Sünde wegzudichten, andererseits der Socialdemokratie einen Haufen von Verbrechen anzufabeln. Diese Verteidigungsbüchlein und Abenentagen werden gesammelt, fortiziert, aufgelegt und der „Socialistenpiegel“ ist fertig.

Der neueste Vorbereitungsartikel für den Socialistenpiegel in der „Freien Deutschen Presse“ beschäftigt sich mit unsern Bemerkungen über das Verhalten des Liberalismus zur Volksschule. Wir hatten beiläufig erwähnt, daß anfangs auch die Freisinnigen dem „Christlichen“ Schulantrag zugestimmt hätten. Damit haben wir unabsichtlich eine wunder Stelle der Freisinnigen Volkspartei getroffen und das Organ des Herrn Müller-Sagan schreit seine Schmerzen nun, wie es sagen würde, in „spaltenlangen“ Ausführungen in die Welt. Der „Vorwärts“ soll den Freisinn wieder einmal wider besseres Wissen verleumdet haben, er soll absichtlich verschwiegen haben, daß die Freisinnige Volkspartei im preussischen Abgeordnetenhaus sofort energisch gegen das brutale Vorgehen der Spaltenbergianer protestiert und ihrerseits das Simultanschulwesen rückhaltlos verteidigt hat.

Wir gestehen, daß wir mit unserer Bemerkung, die den „spaltenlangen“ Jörn der „Freien Deutschen Presse“ erregt hat, nicht an die Volkspartei, sondern an die Vereinigung gedacht haben. Wir hatten unsere Ausführungen ja überhaupt nicht gegen den Freisinn, sondern gegen die Nationalliberalen gerichtet. Nachdem nun aber das Organ der Volkspartei so auffällig erregt sich geberdet hat, schlossen wir auf ein schlechtes Gewissen auch der Richterianer in der Volksschulfrage; wir gingen darum den Dingen auf den Grund und müssen nun allerdings widerrufen: der Freisinn hat nicht nur anfangs den Konfessionsschul-Antrag unterstützt, er verteidigt ihn — auch die Volkspartei — seinem wesentlichen Inhalt nach noch jetzt. Es hat uns selbst überrascht, als wir an der Hand der Urkunden feststellen mußten, daß der Freisinn nicht nur nicht die Konfessionslose Schule fordert, sondern sogar die Simultanschule nur als blosses Prinzip aufstellt, um sie in der Praxis zu opfern. Der freisinnige Vorkämpfer gegen den Konfessionsschul-Antrag ist ebensolcher Humpen, wie die Opposition gegen den Polltarif war, während die Richterianer in Wirklichkeit den berücktesten Rollvortrag übten.

Wir werden und gestalten, unsere Behauptung zu beweisen. Am 13. Mai 1904 wurde im preussischen Abgeordnetenhaus der freikonfessionelle Antrag auf Vorlegung eines Schulunterrichts-Gesetzes beraten. Bevor die Beratung begann, wurde jener liberal-konfessionelle Änderungsantrag im Hause verteilt, der die Konfessionalität der Volksschule gesetzlich festlegen will. Die Freisinnigen beider Richtungen stellten sich und stellten sich noch so, als seien sie durch diesen Antrag völlig überrascht und überrollt worden; Herr Fischbeck nannte sogar im Abgeordnetenhaus das Verfahren „brutal“ und wurde dafür zur Ordnung gerufen. Es mag sein, daß die freisinnigen Parteien als solche offiziell von dem Antrag vorher nicht verständigt waren. Fest aber steht, daß in den Vorverhandlungen, welche die Parteien mit den Regierungsvertretern hatten, und bei denen der Kompromißantrag abgearbeitet wurde, sowohl der Schulmann der Freisinnigen Vereinigung wie der Schulmann der Freisinnigen Volkspartei zugezogen waren, die Herren Ernst und Kopsch.

Der nationalliberale Professor Friedberg hat diesen Sachverhalt im Abgeordnetenhaus am 13. Mai 1904 festgestellt, indem er — nach dem amtlichen Stenogramm — erklärte:

„Es ist unrichtig, daß der Herr Abgeordnete Fischbeck respektive seine Fraktion durch den Antrag überrascht worden sei. Der Inhalt des Antrages ist einem seiner hervorragendsten Fraktionsgenossen, die sich mit den Lehrerfragen beschäftigen, rechtzeitig mitgeteilt worden, und wenn der betreffende Herr es unterlassen hat, seine Fraktion davon zu unterrichten, so ist das nicht Schuld anderer Parteien.“

Was aber wußte der angeblich überraschte und brutalisierte Freisinn auf diese Enthüllung zu antworten. Herr Kopsch trat vor und gab folgendes prächtige Geständnis von sich:

„Es ist unrichtig, daß mir dieser Antrag in offizieller Form mitgeteilt ist. Mir sind Mitteilungen vertraulicher Art über den ungefähren Inhalt des ersten Teiles des Antrages gemacht worden. Ich war aber nicht in der Lage, diese vertraulichen Mitteilungen zu benutzen, um in der Fraktion dieselben zum Gegenstand der Besprechung zu machen.“

Man begreift, daß der Sitzungsbericht bei dieser klugen Kundrede verzeichnet: „Heiterkeit rechts und bei den Nationalliberalen“.

So steht die Ueberraschung und Ueberrumpelung aus. Wie aber steht es mit dem energischen Protest des Freisinns und der rückhaltlosen Verteidigung des Simultanschulwesens?

Der Redner der Freisinnigen Vereinigung, Herr Ernst, hat weder mit noch ohne Rückhalt protestiert und das Simultanschulwesen verteidigt. Dieser freisinnige Schulrektor hat es sogar fertig gebracht, den christlichen Schulantrag zu unterstützen, und daß er das mit einiger Bitterkeit gethan hat, macht seine Handlungsweise nicht besser, sondern nur umso widerwärtiger. Er sagte zu der entscheidenden Bestimmung des Antrages — der Festlegung der Konfessionsschule — wörtlich:

„Wir haben eine gewisse Besorgnis — ich darf das im Namen meiner Fraktion erklären — daß, wenn wir den Absatz a unter Nr. 2 annehmen — daß nämlich die Schüler einer Schule in der Regel auch von Lehrern ihrer Konfession unterrichtet werden sollen — wir dadurch wahrscheinlich vielen Gemeinden unerwünschte Kosten aufbürden und die Schule in vielen Fällen schädigen werden. Indessen muß ich anerkennen, daß der Antrag im wesentlichen nur das fixiert, was bisher Praxis gewesen ist. Ich werde also gegen diesen Punkt keinen principuellen Widerspruch erheben.“

In einer Fußnote an die „Liberalen Korrespondenz“ verfiert jetzt Herr Ernst dieselbe Auffassung. Er erzählt über die Vorverhandlungen — ein hübsches Zeugnis freisinnigen Kuhhandels —:

„Einige Tage vor der Einbringung des Kompromißantrages teilte mir ein Regierungsvertreter in einer von ihm gewünschten Unterredung mit, daß die Regierung sich in einer sehr schwierigen Lage befinde: eine Neuregelung der Säkulunterhaltungsspflicht sei dringend notwendig, aber die konservative Partei werde jeden Gegenteilmass ablehnen, der nicht zugleich Bestimmungen über die Konfessionalität der Volksschule enthalte. Es sei deshalb die Absicht der Regierung, zwar die Konfessionalität im allgemeinen gemäß der Verfassung, aber auch zugleich die Berechtigung der Simultanschulen in Posen, Westpreußen und Hessen-Kassau in einem Schul-Unterrichtsgesetz zu fixieren. Zu diesem Vorgehen sei meine, bezw. meiner Partei Mitwirkung sehr erwünscht.“

Nachdem ich mich im Verlauf der Unterredung, die einen vertraulichen Charakter trug und deshalb auch in ihren Einzelheiten nicht veröffentlicht werden kann, überzeugt hatte, daß nicht eine Erdrosselung, sondern vielmehr eine gesunde Weiterentwicklung der Simultanschulen beabsichtigt werde, erklärte ich mich für meine Person — nicht für meine Fraktion, der ich ausdrücklich die volle Freiheit wahrte — bereit, mit Mitgliedern anderer Fraktionen auf der angegebenen Grundlage zunächst vertraulich zu verhandeln.“

Herr v. Jedlitz habe ihm tags darauf den Antragsentwurf gezeigt, er habe einige Abänderungsvorschläge gemacht, und die „Ueberraschung“ soll nun darin bestanden haben, daß die Antragsteller in ihrer definitiven Formulierung von den Christlichen Anregungen keinen Gebrauch gemacht haben. Zur Sache selbst bemerkt der freisinnige Herr:

Das principielle Festhalten der Freisinnigen am Prinzip der Simultanschule hat nicht zu verhindern vermocht, daß die §§ 14 und 15 des Jedlitzschen Schulgesetzentwurfs von 1892 allmählich im Verordnungsweg nahezu durchgeführt worden sind;

Der Kompromißantrag will die Simultanschulen, die ich nach wie vor für die beste und in den Ostmarken für die einzig mögliche Schuleinrichtung halte, nicht erdrosseln, sondern ihre Berechtigung — wenn auch nicht ohne Einschränkung — gesetzlich anerkennen, enthält also dem gegenwärtigen rechtlosen Zustande gegenüber einen wesentlichen Fortschritt — auch in liberalem Sinne.

Herr Ernst fügt noch staatsmännisch hinzu: „Der Grundsatz alles oder nichts ist nie ein liberaler gewesen“. Abgesehen von dem schlechten Deutsch, das der Schulmann schreibt, er hat recht. Der liberale Grundsatz ist nie „alles oder nichts“ gewesen, vielmehr: „nicht alles, sondern nichts“. Der Kompromißantrag macht die Konfessionsschule zur Regel und läßt die Simultanschule nur ganz unbestimmt als gelegentliche Ausnahme zu. Indem er dem Prinzip der Konfessionsschule zustimmt, wahrt der Freisinn das Prinzip der Simultanschule. So treibt es der bürgerliche Liberalismus auf allen Gebieten: Er hat seine Principien nur deshalb, um sie als „unerreichbar“ preiszugeben und ihr Gegenteil als „möglich“ zu fördern.

Verzagte nun aber auch die Vereinigung kläglich, so hat doch die Volkspartei mit Löwenmut die Simultanschule verteidigt? Das behauptet zwar die „Freie deutsche Presse“, aber es könnte doch trotzdem zufällig wahr sein. Der Sitzungsbericht des Abgeordnetenhauses weiß von dieser rückhaltlosen Verteidigung der Simultanschule nicht das mindeste. Der ganze Unterschied zwischen Herrn Ernst, dem Redner der Vereinigung, und Herrn Kopsch, dem Sprecher der Volkspartei besteht nur darin, daß Herr Ernst die größere Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit zeigte. Herr Ernst hat für die entscheidende Bestimmung des Antrages gesprochen, Herr Kopsch dagegen, thatsächlich und praktisch läuft beides auf dasselbe hinaus. Der Redner der Freisinnigen Vereinigung hatte darin recht: der Antrag legt nur die herrschende Praxis fest. Folglich mußte Herr Kopsch, wenn er rückhaltlos die Simultanschule verteidigen wollte, nicht nur gegen die Festlegung der Praxis, sondern auch gegen die Praxis selbst sich wenden. Es gab nur eine mögliche „rückhaltlose Verteidigung“ der Simultanschule: die Forderung der obligatorischen Simultanschule. Diese Forderung aber verteidigte Herr Kopsch nicht nur nicht, er verleugnete sie im Gegenteil. Er trat für die „möglichste Verdrängung der Konfessionalität“ ein, und er verstand darunter, „daß dort, wo die Gemeinde einer Konfession angehört, selbstredend die Schule auch den Charakter der Konfession der Gemeinde tragen wird“. Und als der nationalliberale Redner Hadenberg meinte, die jetzige Zeit sei am wenigsten geeignet, Simultanschulen einzurichten, da verzeichnet das amtliche Stenogramm: „Nur bei den Freisinnigen: Wollen wir nicht“. Das offizielle Organ der Volkspartei aber erklärte noch am 15. Mai 1904 ausdrücklich: „Die Liberalen haben nicht angestrebt, die Simultanschulen obligatorisch einzuführen.“

Somit erweist sich der ganze Lärm der Freisinnigen Volkspartei gegen den christlichen Schulantrag als eitel Schwindel. Sie schreien, es möchte nicht gesetzlich ausgesprochen werden, was thatsächlich ist, aber sie wollen nicht rütteln an dem, was ist; sonst müßten sie die obligatorische Simultanschule fordern, was sie aber ausdrücklich ablehnen.

Danach ist unsere Bemerkung über die Stellung des Freisinns zur Schulfrage zu corrigieren. Er hat die Konfessionsschule nicht nur anfangs unterstützt, er schützt sie vielmehr — zwar nicht principuell, sondern praktisch. Und diesen Verrat an den elementarsten Interessen der Volksbildung sucht er, wie bei ihm üblich, durch oppositionellen Lärm zu verdecken. Uebrigens ist ja auch die Programmfrage der Freisinnigen Volkspartei schon völlig zweideutig und unklar: „Unabhängigkeit der Schule von der Kirche, unbeschadet der Ordnung des Religionsunterrichts.“ Das kann zu allem und zu nichts verpflichten.

Verwunderlich ist freilich diese Haltung des Freisinns nicht. Was liegt ihm heute an der Volksschule? Man braucht nur an die Verhältnisse zu denken, die in den Städten herrschen, wo der Freisinn regiert! Wie sorgsam ist man in Berlin bedacht, die Besitzenden von den Besitzlosen zu scheiden, indem man beispielsweise jeder Bemühung, durch Verrückung der Vorkursen wenigstens für die unteren Klassen die allgemeine Volksschule einzuführen, sich hartnäckig widersetzt. Auch die freisinnige Bourgeoisie will die Besitzlosen in minderwertigen Schulen absperrten, auch sie will daher längst dem Volke die Religion erhalten!

Schließlich wäre ja auch das allgemeine politische Verhalten des Freisinns nicht zu verstehen, wenn ihr die Volksbildung ernstlich am Herzen läge. Für den Liberalismus ist seinem geschichtlichen Ursprung nach die Unterrichtsfrage die allerwichtigste. Wäre sie es noch heute, so wäre es unmöglich, daß eine liberale Partei sich mit den Lobfeinden aller Aufklärung, dem Junkertum und dem Merkantilismus verschwört, um das Proletariat niederzuhalten. Die Mission des heutigen Freisinns und Liberalismus aber besteht, wie man weiß, im wesentlichen darin, der Socialdemokratie Wähler abzufangen, um sie dann an die äußerste Reaktion auszuliefern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Juni.

Saarabische Zustände.

Aus Saarbrücken wird uns geschrieben: Am Freitag, den 3. d. M. beginnt vor der hiesigen Strafkammer ein Prozeß, für den der Gerichtsvorsitzende selbst zwei Tage Dauer vorliest. Wahrscheinlich werden die Verhandlungen aber wohl noch länger dauern, da es jedenfalls im Interesse der saarabischen Herrscher liegt, die gegen sie erhobenen Beschuldigungen gründlich zu entkräften. Das wird, wenn überhaupt möglich, was wir zu bezweifeln wagen, ziemlich Zeit in Anspruch nehmen. Die übereifrigen Ankläger haben selbst dafür gesorgt, daß die Beweishebungen sehr umfangreich sein müssen, soll der erhobene Vorwurf, Saarabien erinnere an „keinen Verfassungsstaat“, sondern an „asiatische Staatsverhältnisse“, widerlegt werden.

Es handelt sich um die vom „Vorwärts“ seiner Zeit schon gemeldete und besprochene Konfiskation der zwei von dem gemahregelten Bergmann Krämer herausgegebenen Flugblätter. Das erste: „Saarbergmann, wache auf!“ betitelt, wurde im März in einer Auflage von 20 000 gedruckt, die Polizei beschlagnahmte auf Antrag des Bergmanns 15 000. Das zweite Flugblatt: „Saarbergmann, höre!“ war die Ergänzung des ersten; die Polizei beschlagnahmte auch das zweite, erwischte aber nur einige Hundert, etwa 18 000 kamen glücklich unter die Massen. Wegen der Kritik, die Krämer an den fiskalischen Gruben- und anderen und den saarabischen Staatsbürgerverhältnissen übte, stellte die königliche Bergwerksdirektion, an ihrer Spitze der bekannte Geh. Bergrat Hilger, Strafanträge, die Staatsanwaltschaft verfolgte dieselben „im öffentlichen Interesse“. Die Staatsanwaltschaft hat recht, die in den Flugblättern des wegen der Teilnahme an einer öffentlichen Bergarbeiter-Versammlung gemahregelten (?) Arbeiters Krämer erhobenen Anschuldigungen bedürfen der Aufklärung im öffentlichen Interesse, die Öffentlichkeit hat wirklich ein vitales Interesse daran, daß endlich einmal die saarabischen Zustände beseitigt werden.

Schon hat vor fünf Wochen ein Termin in der Sache stattgefunden. Merkwürdigerweise zeigte der Staatsanwalt da aber keine Lust, die Beweishebungen im öffentlichen Interesse recht gründlich vorzunehmen. Der Vertreter der Anklagebehörde war der verblüffenden Ansicht, das Urteil im Prozeß Hilger gegen den Centrumsredakteur Herrn Lehnen sei auch für den Prozeß Krämer entscheidend! Demgegenüber machte aber der Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfgang Heine-Berlin darauf aufmerksam, daß in diesem Prozeß gemäß der Anklageschrift das Beweisthema viel weiter gestellt sei wie in den Prozeßen gegen die „Dachau-Presse“. Dort habe es sich nur um Vorgänge bei der Reichstagswahl 1903 gehandelt, diesmal aber sei infolge der Form der Anklage-Erhebung „das ganze System“ Saaraubiens einer gerichtlichen Marcellierung zu unterziehen. Hieraus entwickelte Heine seine Beweisankträge, zur größten Ueberraschung des Herrn Staatsanwalts und des als Nebenkläger zugelassenen Herrn Hilger. Der Verteidiger machte sofort 69 Zeugen namhaft, darunter Pfarrer, Gastwirte, Landwirte, Bergbeamte, Gruben-Ausschufmitglieder, Bergarbeiter, auch der vielgenannte Bergmeister Adams (Lehnen-Hilger-Prozeß) wurde citiert und ebenfalls das Zeugnis des Ministers Müller angerufen. Die Zeugen sollten ausfragen über Wahlbeeinflussungen, Bruch des Wahlgeheimnisses, Bedrohung der abhängigen Wähler mit Mahregelung und sonstiger wirtschaftlicher Schädigung, Terrorismus gegenüber den Vergleuten, Verbot wahrheitsgemäßer Eintragungen in das sogenannte „Zeichenbuch“ über den Befund der Zeicheninspektion u. s. f. Die ganze saarabische Herrlichkeit soll im Interesse der durch sie längst beunruhigten Öffentlichkeit verhandelt werden, natürlich streng im Rahmen der Anklageschrift.

Auf diese mit ruhiger Präcision vorgetragenen Beweisankträge Heines wußte Herr Hilger „im Augenblick“ nichts Entkräftendes

zu erweitern, der Gerichtshof beschloß deshalb Verklagung der Sache auf etwa 14 Tage; es sind aber 5-6 Wochen seitdem verstrichen. Nun am heutigen Freitag kann das Drama sich abwickeln. Inzwischen hat der Verteidiger eine umfangreiche Schrift mit genau formulierten Beweisansprüchen dem Gerichtshof unterbreitet. Dieser hat beschloffen, von den 89 Entlastungszeugen nur 36 zu laden. Selbstverständlich hat Krämmer die abgelesenen Entlastungszeugen sofort auf seine Kosten laden lassen. Da auch der Vergleich seine Zeugen stellen wird, werden circa 80-90 antreten. Unter ihnen befindet sich auch der Centralredakteur Lehnen, bekanntlich Angeklagter und Verurteilter in dem letzten großen Wahlbeeinflussungs-Prozesse.

Der Krämmer-Prozess verursacht der Stummischen Presse schon jetzt Vandalen. Sie sagt, dieser Prozess sei durch die Ultramontanen verschuldet, die auf solche Weise „der Socialdemokratie den Weg in das Saargebiet bahnen“. Einige Diplomaten äußerten sich schon an ihren „liberalen“ Stammischen, Herr Pilger hätte besser gethan, den Prozess nicht zu veranlassen. Das mag sein, aber nun ist einmal der erste Schritt geschehen, dem weitere folgen müssen. Da augenblicklich die „christlichen“ Gewerkschaften sich anstrengen, in ihren Gewerkschaften im Saargebiet den Weg zu veranlassen, die Saarergleise anzufangen, sich in den verpönten Versammlungen einzufinden, so ist die Aufregung in den Kreisen der Stummlinge doppelt groß. Der Verlauf des Krämmer-Prozesses dürfte den Herren keinesfalls behagen.

Deutsches Reich.

Militärjustiz.

„Mindeststrafe“ und Ausschluss der Öffentlichkeit.

Wiederum kommen Nachrichten von Militärprozessen, welche die völlige Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände auf diesem Gebiete erweisen und zwar in zweierlei Richtung, einmal hinsichtlich der extrem hohen Mindeststrafmaßnahme, die das Militär-Strafgesetzbuch vorschreibt, sodann hinsichtlich des fast systematischen Ausschließens der Öffentlichkeit bei Militärgerichts-Verhandlungen.

Aus Erfurt wird uns berichtet: Der Rusletier Berthold Werld von der 1. Compagnie des Regiments Nr. 94 in Weimar hatte sich Mittwoch hier vor dem Kriegsgericht der 38. Division zu verantworten wegen Aufforderung zum Ungehorsam, Nötigung und thätlichen Angriff auf einen Vorgesetzten im Dienst und unter Gewehr, außerdem wegen Bedrohung mit einem Verbrechen. Am 3. Mai in der Nacht war er in Gemeinschaft mit zwei andern Rusletieren bestimmt worden, die Posten am Nacht und am Schloß zu revidieren. Als Patrouillenfürher wurde der Rusletier Blumentritt bestimmt. Auf dem Wege nach dem Archiv suchte der Angeklagte den Blumentritt zu bestimmen, den Patrouillengang nicht auszuführen. Als sich der Bl. dazu nicht verstand und trotzdem den Patrouillengang verlangte, trat ihm der Angeklagte mit dem Fuß in das Gesicht. Hierin erblickt die Anklage den thätlichen Angriff auf einen Vorgesetzten. Die Nötigung wird darin gefunden, daß der Angeklagte dem Bl. mit dem Gewehrkolben ins Kreuz stoßen wollte, wenn er ihn melde. Späterhin bedrohte der Angeklagte den Bl. durch folgenden Ausspruch: „Wenn Du mich meldest, komme ich auf Festung, aber in einigen Tagen lebst Du nicht mehr!“ Der Angeklagte ist in vollem Umfang geständig, nur will er im Augenblick seiner That nicht gewußt haben, daß Blumentritt als Vorgesetzter gelte. Der Vertreter der Anklage erblickt in der That nur einen minder schweren Fall und beantragt in allen Fällen die „Mindeststrafe“, insgesamt 2 Jahre 8 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte dazu auf 2 Jahre 1 Tag Gefängnis. Zwei Jahre Gefängnis ist die geringste Strafe, auf die wegen thätlichen Angriffes auf einen Vorgesetzten im Dienst erkannt werden muß. Für alle übrigen Delikte erkannte das Gericht also nur auf einen Tag, jedenfalls in dem Gefühl, daß die andre Strafe von zwei Jahren keineswegs der That entspricht.

Der Fall lehrt eindringlich, wie nötig es ist, daß die Regierungen ohne Verzug der jüngst vom Reichstag beschlossenen Resolution entsprechen, welche die Herabsetzung der Mindeststrafen des Militär-Strafgesetzes bei Vergehen von Untergebenen gegen Vorgesetzte fordert.

Aus Metz wird der „Frankfurter Zeitung“ vom 26. Mai berichtet: Seit dem Bisse-Prozess (sindem vom preussischen Kriegsministerium aus Direktiven an die Kriegsgerichte ergangen zu sein, die überall da den Ausschluss der Öffentlichkeit verlangen, wo die Beweisaufnahme überhaupt Dinge an das Licht fördert, die „unangenehm berühren“ oder die geeignet sind, ein schlechtes Licht auf die inneren Verhältnisse im betroffenen Truppenteil zu werfen; ganz gleich, ob es sich dabei um Offiziere handelt oder nicht. Ein Rusletier des Infanterie-Regiments Graf Darfuß (4. Westfälisches) Nr. 17 in Würdingen wurde wegen thätlichen Angriffes gegen einen Vorgesetzten unter Mißbrauch der Waffe vom Kriegsgericht der 33. Division zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Der Verurteilte legte Berufung ein, und gestern stand die Sache nochmals zur Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht an. Für die ganze Dauer der Verhandlung war wieder einmal die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Nur das Urteil wurde öffentlich verkündet und zwar mit Urteilsbegründung. Wer aber glaubt, daß er hieraus ein Bild des Vorgehens bei dem Verbrechen erhielt, ist im Irrtum. Die Urteilsverkündung spielte sich folgendermaßen ab: Die Richter kommen aus dem Beratungszimmer und der Verhandlungsvorsitzende beschließt, die Öffentlichkeit wieder herzustellen. Während nun der Berichtsbote hinausgeht, um zu verkünden, daß die Öffentlichkeit wieder hergestellt ist, beginnt der Verhandlungsvorsitzende schon sofort mit der Urteilsverkündung, so daß selbst jemand, der dicht an der Thür des Sitzungszimmers gewartet hat, auch bei aller Eile hineinzu kommen, nur noch den Schluß des Urteils und dessen Begründung vernehmen kann. Deutlich zu hören war also nur, daß der Rusletier auf einen Unteroffizier mit dem Seitengewehr losgegangen war; daß aus diesen Gründen die Verurteilung verurteilt wurde und die Strafe von fünf Jahren Gefängnis als das Mindestmaß in Fällen, die nicht als „minder schwere“ angesehen werden, aufrecht erhalten blieb. Es wäre doch sehr wesentlich in diesem Falle, zu erfahren, was eigentlich vorhergegangen war, was den Angeklagten dazu veranlaßte, sich so schwer gegen Vorgesetzte zu vergehen. Erst hiernach ließe sich die ganze Sachlage beurteilen. Die Art und Weise, wie die Verkündung des Urteils vorgenommen wurde, läßt sie als eine „öffentliche“ kaum ansehen.

Ein ähnlicher Fall, aber den der Phantasie der weitesten Spielraum gelassen ist, betrifft eine Verhandlung vor dem Kriegsgericht des Gouvernements vom 26. Mai. Der Kanonier Fuchs vom 8. Fußartillerie-Regiment soll seinen Untergeordneten Mitteilung über eine Serie von Mißhandlungen gemacht haben, deren sich fünf Vorgesetzte, darunter drei Unteroffiziere, schuldig gemacht haben. Als erwiesen wurden 21 Fälle angenommen und die Unteroffiziere Gehrmann und Dückholz wurden dafür zu sechs Wochen Mittelarrest verurteilt. Ein dritter Unteroffizier wurde freigesprochen. Auch dieser Fall wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt, obgleich er doch gewiß geeignet war, in allen seinen Teilen bekannt gemacht zu werden — schon weil gegen den Kanonier Fuchs das Verfahren wegen Meineids anhängig ein soll.

Die Niedrigkeit der bürgerlichen Presse

zeigt sich wieder in einem Anwurf gegen unsern Parteigenossen Webel wegen einer Bemerkung, welche dieser bei der Beratung über den Herero-Aufstand im Reichstage machte. Webel sprach davon, daß seit dem Erlaß der für die Hereros äußerst bedrückenden Ver-

fährungsverordnung nicht weniger als 126 000 Entreisungsformulare in der Kolonie gedruckt worden sein sollen, um die Forderungen der Händler einzutreiben. Nun schreibt ein Herr Alfred Heilbroner aus Windhof der deutschen Kolonial-Gesellschaft, die Anzahl von den 126 000 Formularen beruhe nur auf einem Witz, den er sich in der „Südafrikanischen Zeitung“ geleistet habe, um die „zu laffernfreundliche erscheinende Verordnung“ zu verspotten. Der wichtige Herr Südwestsafrikaner, dem eine bedrückende Verordnung noch als „zu laffernfreundlich“ erscheint, fügt seinem Schreiben hinzu:

„Es ist also lediglich ein fauler Witz, den Webel für bitteren Ernst nimmt, und ebenso sind, so scheint uns, alle über die hiesigen Verhältnisse im Reichstage von Herrn Webel gethanen Neußerungen zu bewerten.“

Diesen anmaßenden Ton übernimmt die bürgerliche Presse mit breitem Grinsen. Besonders das „Berl. Tagebl.“ erlaubt sich alsbald, den Witz des Heilbronnens zu schändlichen Schlußfolgerungen zu verallgemeinern:

„Die Kritikalität des Herrn Webel, die in seinen Parlamentsreden immer wieder sich gar herrlich offenbart, hat dem socialdemokratischen Führer neuerdings einen üblen Streich gespielt. In der Reichstagsdebatte über den Herero-Aufstand am 17. März erklärte Herr Webel als Anwalt der Hereros... In der That war unschwer zu erkennen, daß es sich um einen ironischen Scherz handelte, und es bedurfte der ganzen Begeisterung des Herrn Webel für die Hereros, diesen Witz für blutigen Ernst anzusehen...“

Werkwütend, daß am 17. März d. J. das „Berliner Tageblatt“ den unschwer zu erkennenden Witz keineswegs erkannte hat. Hätte es ihn erkannt, so hätte es nicht verfehlt, schon damals seine Kritikalität an unsern Parteigenossen zu erproben. Nur feigste Kritikalität kann die Zeitung vollbringen, die schweren Mißstände der deutschen Kolonialpolitik zu verschweigen und allein denjenigen zu beschimpfen, der in Ausübung einer hohen Pflicht auf Grund unangenehmester Meldungen einen nebensächlichen Irrtum begeht.

Uebrigens hat Webel in seiner Rede vom 17. März deutlich genug die Mitteilung als Gerücht gekennzeichnet. Wie die Nachricht zuerst nach Deutschland gekommen ist, wissen wir nicht, da Webel zur Zeit verreist ist.

Centrum und Kontraktbruch-Gesetz ist ein Artikel in Nr. 125 des „Vorwärts“ überföhrieben, in welchem darauf hingewiesen wird, daß der jetzige Entwurf des oben genannten Gesetzes auf wiederholten Mehrheitsbeschläüssen des Abgeordnetenhauses beruht, an denen das Centrum in hervorragender Weise mitgewirkt habe. Dies war deshalb angeführt, weil ein Teil der Centrumpresse, allen voran die „Kölnische Volkszeitung“, einen Artikel der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, dem Organ der katholischen Arbeitervereine, übernimmt, der sich sehr scharf gegen den Gesetzentwurf ausspricht. Die „Kölnische Volkszeitung“ gebietet sich sehr demokratisch und verlangt, wie der verstorbene Dr. Lieber im Reichstage, das Koalitionsrecht für die Landarbeiter und das Gesinde.

Das Citieren des Dr. Lieber hat die katholischen Bauern in Westdeutschland mobil gemacht und ihr Organ, die „Rheinische Volksstimme“, schreibt:

„Die Ausführungen des Herrn Dr. Lieber sind für uns nicht autoritativ und werden es auch für viele Mitglieder der Centrumsfraktion nicht sein. Wir erinnern an seinen Ausspruch: „Der russische Handelsvertrag ist eine That, größer als der Sieg von Sedan“. Welches Mitglied der Centrumsfraktion hält diesen Satz noch für richtig? Derselbe dürfte daselbst heute nur ein einstimmiges mitleidiges Lächeln finden. Es ist aber gewiß, daß das von Dr. Lieber auch für die ländlichen Arbeiter und das Gesinde empfohlene Koalitionsrecht die Bauern nicht minder schwer treffen würde, als der russische Handelsvertrag. Es würde die Bauern geradezu zu Knechten ihrer Knechte machen und derjenigen Agitatoren, die an der Spitze der loalierten Arbeiter und Dienstboten ständen...“

Und dafür sollte das gesamte Centrum eintreten! Diejenigen Abgeordneten, die der Landwirtschaft nahe stehen und ihre landwirtschaftliche Kenntnis nicht bloß aus der „Köln. Volkszeitung“ schöpfen, sind für ein solches Koalitionsrecht gewiß nicht zu haben. Die „Kölnische Volkszeitung“, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ und der „Katholische Volksverein“ thäten u. E. darum im Interesse des Centrums besser, wenn sie die Agitation für das Koalitionsrecht der ländlichen Arbeiter und Dienstboten einstellen und sich anderer Arbeit, die ihnen näher liegt, zuwenden wollten.“

Und daß diese Richtung im Centrum dafür sorgen wird, daß der Entwurf Gesetz wird, ist bestimmt trotz der schönen Tiraden der „Kölnischen Volkszeitung“. Diese Sorte von Centrumsblättern hat nachher noch die Aufgabe, die sie aber stets sehr gut zu lösen vermögen, ihre gläubigen Leser damit vertraut zu machen, daß die Wandlung eine Notwendigkeit für die Centrumpartei war.

Die Kulturansgaben leiden nicht!

In einer Schrift „Das preussische Kultusministerium und die Bestrebungen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten; ein Beitrag zur Geschichte des medizinischen Unterrichts“ unternimmt Professor Kromayer die Flucht in die Öffentlichkeit, nachdem er seine Documente für Hautkrankheiten an der Universität Halle niedergelegt hat. Einleitend weist Professor Kromayer, nach einer Wiedergabe der „Voss. Zig.“, darauf hin, welche Bedeutung der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten für das Allgemeinwohl hat und daß in diesem Kampfe die Hebung des einschlägigen Universitätsunterrichtes eines der wichtigsten Mittel ist. Dann schildert er die Entwicklung dieses Unterrichts an der Universität Halle, den als specialistischen er ins Leben gerufen hat. Er schreibt: „Nachdem ich seit 1891 den dermatologischen Unterricht an der Universität Halle mit Hilfe meines privaten Krankenmaterials gegeben hatte, trat das Kultusministerium im Jahre 1899 an mich mit dem Antrage heran, eine universitätspolitische Klinik für Hautkrankheiten zu errichten und zu leiten gegen Gewähr einer pekuniären Subvention, Erteilung des Lehrauftrages und Verteilung der Professur für mein Fach. Obgleich es mit der in Aussicht gestellten Subvention nur möglich war, einen Teil der erwachsenden Kosten zu bestreiten, nahm ich den Antrag doch an, in der sicheren Erwartung, daß, wenn einmal der Anfang gemacht wäre, die Verhältnisse selbst zu einer weiteren Entwicklung führen würden. Darin sollte ich mich nun freilich getäuscht haben. Das Ministerium beantragte zwar alljährlich während der nachfolgenden vier Jahre die etatsmäßige außerordentliche Professur für mich, wurde aber ebenso regelmäßig vom Finanzminister abschlägig beschieden, so daß ich mich mit dem Bedauern des Ministeriums, die Position nicht haben durchsetzen zu können, und mit dem Titel Professor begnügen mußte. Auch betreffs der an sich schon nicht zu reichenden pekuniären Subvention stellten sich allerlei Schwierigkeiten ein und schließlich wurde eine Zerplitterung des Lehrmaterials herbeigeführt, durch die der Unterricht dauernd geschädigt wurde, so daß Prof. Kromayer nun sein Amt aufgab. Er zieht aus seinem Erlebnis diese Lehre:

„Wenn ich von einer Wertbestimmung des ganzen in dieser Angelegenheit zu Tage getretenen Verhältnisses des Ministeriums zunächst absehen zu dürfen glaube, da die Thatsachen selber eine genügend deutliche Sprache reden, so möchte ich doch auf eine andre wichtige Frage hinweisen: ob nicht die Allgemeinheit ein Interesse daran hat, daß das Kultusministerium dem Finanzminister gegenüber, was es im Interesse der Kultur für notwendig erachtet, auch durchzusetzen in Stande sein muß. So sehr Sparankheit im Staatshaushalt zu empfehlen ist (für Unterkunterstützung hat der preussische Staat bekanntlich stets sehr viel Geld! Reakktion), es giebt gewisse Grenzen, die sie nicht überschreiten darf. Zu diesen gehört in allererster Linie die öffentliche Gesundheit. Wo Interessen

der öffentlichen Gesundheit in Frage kommen, sollen alle Sparankheitsrücklagen wegschicken. Und da komme ich auf das, was ich eingangs gesagt habe, zurück: Heute, wo vom Staate die ungeheuren Gefahren anerkannt sind, die unsern Volkswohl durch die Geschlechtskrankheiten drohen, und es eine hohe Pflicht des Staates ist, diesen Gefahren entgegenzutreten, darf es auf etliche tausend Mark nicht ankommen, wenn es gilt, den Anfang mit der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu machen, d. h. Lehrstühle an den Universitäten für dieses Fach zu errichten. Das Kultusministerium hat aber vier Jahre hindereinander den Lehrstuhl für dieses Fach in Halle beim Finanzminister beantragt, ohne den Antrag durchsetzen zu können. Hier hat die Öffentlichkeit ein Interesse daran, des Kultusministeriums Kraft zu stärken, so daß es nicht mit wichtigen Forderungen im Interesse des öffentlichen Wohles vom Finanzminister abhängig ist.“

Ein Säbelduell. Aus Göttingen wird vom 2. Juli gemeldet: Zwei hiesige Reserve-Offiziere haben am 31. Mai im Stadtwald ein Duell auf krumme Säbel ausgefochten, bei dem beide Gegner, der eine schwer, verletzt wurden. Die Veranlassung zu dem Duell waren unerlaubte Beziehungen des einen Duellgegners zu der Ehefrau des andern.

Der aufreizende Name. Ein Herr Gendzierowski aus Sulmierzyce (Prov. Posen) ließ den Namen einer Tochter als „Wisława Marja“ in das Geburtsregister eintragen. Der Standesbeamte verweigerte die Eintragung. Auf die hiergegen eingelegte Beschwerde ersich das Amtsgericht Dolsanow einen ablehnenden Bescheid, der jetzt von der polnischen Presse veröffentlicht wird und ins Deutsche zurücküberföhrt lautet:

Sie beschwerten sich, daß der Beamte bei der Geburtsanmeldung Ihrer Tochter die Eintragung der Namen „Wisława Marja“ abgelehnt hat. Abgesehen davon, daß der Name „Wisława“ hier unbenannt ist, erweist sich dieser Name als anstößig, erregend und aufreizend, denn man muß „Wisława“ als von „Wisła“ (Weichsel) abgeleitet ansehen — dem Flusse, der in national-polnischer Beziehung dieselbe Bedeutung hat, was im Deutschen „Rhein“ und deshalb in polnischen Ländern vergöttert wird.

Deshalb hat der Beamte mit Recht und gemäß der Verordnung des Ministers des Innern vom 15. Dezember 1888 die Eintragung des Anstößigen erregenden und aufreizenden Namens verweigert.

Königl. Amtsgericht.

Politik — auf dem Standesamt!

Kamerun-Hoffnungen. Der Gouverneur von Kamerun, Herr v. Puttkamer, ist am Dienstag in Berlin eingetroffen. Er ist jetzt, wie mitgeteilt wird, von einer ausgedehnten Forschungsreise bis zum Tschadsee zurückgekehrt, auf der er Adamawa, das Mandaraland und die Sultaneate am Tschadsee besuchte. Seine Reise habe ergeben, daß das ganze Tschadseegebiet dicht bevölkert ist und dort großer Wohlstand herrscht. Die Vorkarbeiten für die Kamerun-Eisenbahn, welche die Kolonie bis zum Tschadsee erschließen soll, habe das Kamerun-Bahnindikat bereits vollendet. Der Bau der Bahn sei gesichert. Zunächst werde eine Teilstrecke von ungefähr 200 Kilometer gebaut werden, die beim Hafen Qualla beginnt und nach Norden zum Tschadsee führt. Die Auffindung von Edelmetallen, Steinkohlen und Petroleum im Gebiet der Bahn hat zur Folge gehabt, daß sich ein besonderes Kamerun-Minenindikat gebildet hat, um die Bodenschätze der Kolonie zu heben.

Ausland.

Aus dem englischen Unterhaus.

Das Verhältnis zu Frankreich und Deutschland. Die russischen Streuminnen. Die allgemeine Wehrpflicht.

Ueber den Fortgang der bedeutsamen Debatte zur auswärtigen Politik im englischen Unterhaus, von der im gestrigen Depeschenteil berichtet ist, wird weiter aus London gemeldet:

Nachdem verschiedene Redner des Hauses das Abkommen mit Frankreich gebilligt haben und nur Sir Charles Dille bedauerte, daß das Abkommen eine militärische Allianz mit Deutschland ausschließe, nahm Premierminister Balfour das Wort: Bezüglich der in der Debatte zur Sprache gekommenen Verwendung der französischen Flagge in Madagat und anderwärts ist es wahr, daß im verflochtenen Jahre eine sehr schwierige Frage zwischen uns und der französischen Regierung entstanden ist und ich bin erfreut sagen zu können, daß unter Zustimmung beider Regierungen diese Frage dem Haager Tribunal zur Entscheidungsüberweisung worden ist (Allgemeiner Beifall). Ich bin völlig außer Stande, der Behauptung Sir Charles Dilles, daß der Vertrag ein vollständiger Umsturz der auswärtigen Politik Salisbury sei, beizupflichten. Dille hat gesagt, der Vertrag sei unvereinbar mit irgend einer militärischen Allianz mit Deutschland. Ich habe aber nie gehört, daß eine solche Politik von irgend einer Partei angeregt worden sei, und ich bin sicherlich keinen Teil der Politik Salisbury gebildet. Ich befreite, daß das, was geschehen ist, unvereinbar ist mit einem freundlichen Abkommen mit Deutschland oder mit irgend einer andern Macht. Die enormen internationalen Vorteile des Abkommens betreffend Neu-Fundland werden bei weitem nicht genügend gewürdigt. Es gab Zeiten, wo der Frieden zwischen Frankreich und England fast an einem Faden zu hängen schien, und nur der Laiz der Marineoffiziere der beiden Mächte an Ort und Stelle machte die Urtreue Abmachungen erträglich. Diese ewige Drohung ist glaube ich, jetzt beseitigt. Das gesamte Abkommen darf nicht als Kaufgeschäft betrachtet werden. Was jeder der beiden Staaten ausgiebt, ist in der Hauptsache die Möglichkeit, die freie Entwicklung des andern zu hindern, und was jeder gewinnt, ist die Möglichkeit, sich in äußerster Freiheit in Ägypten, Neu-Fundland und Marokko zu entwickeln. Es wird gesagt, wir hätten viel in Marokko gegeben; aber hätten wir vielleicht für die nächste Generation einen Kampf ins Auge fassen wollen, der nicht zu unserm Vorteile hätte dienen können? In den Beziehungen der westlichen Mächte zu den halbivilisierten Staaten liegen große Gefahren für den Weltfrieden, einer dieser Staaten ist aber jetzt davon ausgenommen. Wir haben nicht nur keine englischen Interessen geopfert, sondern die britischen Interessen sind schon allein hinsichtlich des Handels in Marokko wesentlich durch das Abkommen gefördert. Balfour bezeichnet schließlich das Abkommen über Ägypten als eine Erleichterung der großen philanthropischen und administrativen Aufgabe Englands und glaubt, daß auch die Geschichte das Abkommen einst billigen werde und daß diese große Urkunde als der Beginn einer neuen glücklichen Zeit in den internationalen Beziehungen Englands werde betrachtet werden. (Beifall.) Die zweite Lesung wird darauf ohne Abstimmung angenommen.

In der Mittwochssitzung des Unterhauses erklärte auf eine Anfrage der Unterhaatssekretär im Auswärtigen Amt Carl Berch, die britische Regierung habe den kriegführenden Regierungen keine Vorstellungen in betreff von schwimmenden Minen gemacht; dem Gegenstand sei die sorgfältige Aufmerksamkeit der Regierung gewidmet und sie sei nicht bereit, eine Ausdehnung der Drei-Seemeilenzone anzuerkennen.

Herbert Samuel fragt an, ob die Regierung beabsichtige, dem Kaiser Vorschläge zu unterbreiten, die auf dem Majoritätsbericht der königlichen Kommission, in welchem sich diese zu Gunsten der allgemeinen Wehrpflicht ausspricht, beruhen. Der Kriegsminister Arnold-Forster erwidert, die Regierung beabsichtige nicht Vorschläge zu Gunsten der allgemeinen Wehrpflicht vorzulegen. (Beifall.)

Frankreich.

Generalratswahlen in Seine-Departement. Paris, 31. Mai. (Fig. Ver.) Der Generalrat des Seine-Departements besteht aus den 80 Gemeinderats-Mitgliedern des

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 3. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Die weiße Dame.
Neues Opern-Theater. Die Fiedermaus.
Deutsches. Die Weber.
Berliner. Der jüngste Leutnant.
Zeffing. Zappentisch.
Westen. Letzte Opern-Vorstellung des Sternschen Konservatoriums.
Belle-Alliance. Kam'rad Lehmann.
Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Lumpacivagabundus.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt.) Die Wilbente.
Neues. Einen Jux will er sich machen.
Kleines. Nachtschl.
Reibenz. Die 300 Tage.
Trionon. Geschloffen.
Central. Der Raub der Sabinerinnen.
Carl Weiss. Die Zauberin am Stein.
Gehr. Herrfeld. Gastspiel der Tegernseer. Der Musterhof.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Winter-Garten. Specialitäten.
Apollo. Liebesgötter. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Vasage-Theater. Specialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr: Die Insel Rügen.
Zuvaldenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Einen Jux will er sich machen.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Kabale und Liebe.

Central-Theater.

Heute und morgen Anfang 8 Uhr:
Gastspiel Josefine Dora und Emil Richard, Kapellmeister.
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwank in 4 Akten von Schönthan.
Sonntag: Gastspiel Josefine Dora als Rahame Bonivard. Vorher: Er.

Belle-Alliance-Theater.

Im Theater:
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Kam'rad Lehmann
mit Guido Thielscher in der Titelrolle.
Reichmuth im sechsten Illuminirten Sommergarten:
Grosses Max Schmidt-Konzert.
Um 8 Uhr:
Grosse Specialitäten-Vorstellung.
Miss Alex mit ihrer Automobilschleifensahrt. — Entfaltungen der Sehen-Kämpfe. Sensationell!

Residenz-Theater.

Heute und folgende Tage:
Abends 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwank in 3 Akten von Paul Gewandt und Robert Charvay.
Deutsch von Alfred Palm.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Nachtschl.

Metropol-Theater.

Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Akten von Julius Freund.
Musik von Victor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

8 Uhr: Debit der neuen Juni-Specialitäten.
Lilli Tiso, amer. Sängerin. × Mr. Alexander, Stimmbräutigam. × Miss Carola, Trapes. × Bourlon u. Mayo, Redner. × Martin Kettner, Gymnast. × Messiers Kosmograph, aktuelle Bilder vom Kriegsschauplatz.
9 1/2 Uhr:
Liebesgötter.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Reut Vieffe bei Vater Philipp.
Anfang: 8 Uhr.
Morgens: 7 Uhr.

Victoria-Brauerei.

Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts Norddeutsche Humoristen und Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Sonntagabend 8 Uhr:
Summ. erstmalig:
Ein unbeschriebenes Blatt.
Sonntagmittag 3 Uhr:
Heimat.
Sonntagabend 8 Uhr:
Ein unbeschriebenes Blatt.
Im Garten täglich gr. Militär-Konzert.

Sextantio. Redakteur: Paul Wittmer, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wlodek, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Sinaer & Co., Berlin SW.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstadt-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Die Wilden.
Sonntagabend 8 Uhr:
Das Heirathes.
Sonntagmittag 3 Uhr:
Die Räuber.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Compagnon.
Im Garten täglich gr. Militär-Konzert.

Max Klem's Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15. — Artistische Leitung: Paul Milhitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeezüge ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hohelegante Regeldampfen, Wärfelbuden, Kouditoret, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.
Die vielbewunderten zusammengewachsenen **Schwestern Rosa und Josefa!** — einzig dastehend in der Welt!!

Passage-Panoptikum.

Der phänomenale Riesenknabe: **Der lange Joseph.**
16 Jahre alt, 217 cm hoch.
Aga, die schwedische Jungfrau.

Carl Weiss-Theater.

Bürgerliches Schauspielhaus. Große Frankfurterstr. 132.
Die Zauberin am Stein.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Im Garten: Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung, u. a. zum erstenmal in Berlin: Auto Atlas.
Diefelbe hebt mit dem Bahnen ein 16 Centner schweres Automobil. Anfang 5 1/2 Uhr.

Gehr. Herrfeld-Theater.

Gastspiel der Tegernseer. Täglich abends 8 Uhr:
Der Musterhof.
Bayr. Volkstheater mit Gesang u. Tanz in 5 Akten von H. Manz.

Bernhard Rose-Theater.

Gesundbrunnen. Badstr. 58.
Täglich:
Die Tochter des Heimgekehrten.
Sens.-Ausstattungsstück in 7 Akten von Friliche.
Nebenher d. Sensations-Beleg, u. a.:
Paul Coradini.
Im Saal: Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entree 30, numerierter Platz 50 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater.

Fr. Puhmann, Schönhauser Allee 149.
Täglich:
Grosses Garten-Konzert.
Theater und Specialitäten.
25 Nummern ersten Ranges.
Gr. Extratanz. Tanzleitung Hopps.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Familienfeste und Bous sind gütlich.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 10.
Täglich:
× Theater und Specialitäten. ×
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr. Entree 30 Pf. Kaffeezüge von 3 Uhr ab geöffnet.
Donnerstag, Sonntag u. Sonntag: **Grosser Ball.**
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saal.

Schweizer-Garten.

Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Vollbelustigungen.
Im Saal: BALL.
Zum Schluss:
Ein falsches Lokal.
Große Gesangsstücke mit Tanz.
Entree 30 Pf.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdorsdorferstr. 71.
Täglich:
Hermann Imbs.
Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Die Insel Rügen.

Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr abends 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena:
Kaubtier-Schule.
Vorstellungen: tägl. 1/2 u. 7 Uhr.
Eintritt 30 Pf., Kinder d. Hälfte.

Diez' Specialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79.
Streck Ringbahnstation.
Täglich: Täglich: Ob Regen! im herrlichen Garten od. gr. Saal: Das konfuzianische Juni-Programm, ca. 36 erstklassige Nummern mit köstlichem Schall, u. a. Neu für Berlin: Marco et Tatjana, Jackson-Troupe, Akrobatik, 5 Perf. Mstr. Browns in seinen Wunderstunden, The Orig. Bolivets, Barthelemy eccentric, Die Berliner Lieblinge, Orig.: Mita Rosselli, Lang-Goubrette, Orig.: Fritz Brand, Guncorff, Walter Barton, das Phänomen um Kaffeezüge, Vollbelustigungen.
Sonntag, Montag, Mittwoch, Ball und Sonntagabend bis 2 Uhr.

Sextantio. Redakteur: Paul Wittmer, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wlodek, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Sinaer & Co., Berlin SW.

Central-Verband der Maurer.

Zweigverein Berlin.
Sektion Putzer.
Am Sonntag, den 5. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Welche Folgen hat bis jetzt die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit gegesigt? 2. Beschlußfassung über den Antrag der Deputation, Annulierung des letzten Versammlungsbeschlusses, das Stützungsrecht betreffend. 3. Verschiedene Vereinsangelegenheiten.
183/19*
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die örtliche Verwaltung. J. A.: H. Neumann.

Gossmanns Konzert-Garten.

SW. Kreuzbergstr. 48
Jeden Freitag:
Harburger Sänger.
Jeden Sonntag:
Frei-Konzert und Ball.

Sanssouci.

Kolbitzer Thor — Stat. der Hochbahn.
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Sonntag, Montag, Donnerstags.
Nach der Solingen-Tanz.
Wochentags: Bühnen-Vorstellungen, auch die zu dem 1. und 2. Abend ausgegebenen, **Wittmer**

Vorwärts-Buchhandlung.

SW. Lindenstraße 69, Laden.
Wuertbehrlich für Ausflügler!
Specialkarten der näheren Umgebung Berlins.
Bernau-Bieenthal, Rante, Riepitz und Wanditz-See 1,00 M.
Buckow am Sägemühl-See (Bärliche Schweiz) nebst Führer 0,75 M.
Köpenick-Friedrichshagen, Boltersdorf-Erner-Schmüditz-Königs-Bücherhagen-Mittenwalde 0,75 M.
Eberswalde, Freienwalde-Dderberg 1,25 M.
Eberswalde, Ragdshof Hubertus-See, Kriegerchor 1,00 M.
Freienwalde und nächste Umgebung nebst Führer 1,00 M.
Freienwalde, Briesen, Dderberg 1,00 M.
Grünwald und westliche Vororte Berlins 1,00 M.
Potsdam, Stadtplan mit nächster Umgebung nebst Tourenverzeichnis 0,75 M.
Potsdam und Berder 1,00 M.
Teprowald m. praktischem Touristenführer 0,75 M.
Strausberg und der Blumenhof 1,00 M.
Tegel-Heiligenfelde, Schulgenhof, Hermsdorf, Hefelhof und Hadenfelde 0,75 M.
Ferner empfehlen als sehr praktisch: Taschenatlas von Berlin und Umgebung, enthaltend 21 Karten und Pläne mit Führer, leichttragliches Format 2,00 M.
Wanderbuch für die Mark Brandenburg. 3 Bände. Zusammen 5,00 M.
I. Teil: Nähere Umgebung Berlins, umfasst die Gegend von Potsdam, Spandau, Oranienburg, Königs-Bücherhagen 1,50 M.
II. Teil: Westliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Brandenburg a. D., Stendal, Tangermünde, Neu-Ruppin, Neu-Strelitz 1,50 M.
III. Teil: Ostliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Eberswalde, Frankfurt a. D., Schwebitz, Köpenick, Mübben, Spreewald, Kuslau 2,00 M.
Diese Wanderbücher bieten prächtvolle Schilderungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind so dem Benutzer ein zuverlässiger Führer und Berater. 234/11*

Diez' Specialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79.
Streck Ringbahnstation.
Täglich: Täglich: Ob Regen! im herrlichen Garten od. gr. Saal: Das konfuzianische Juni-Programm, ca. 36 erstklassige Nummern mit köstlichem Schall, u. a. Neu für Berlin: Marco et Tatjana, Jackson-Troupe, Akrobatik, 5 Perf. Mstr. Browns in seinen Wunderstunden, The Orig. Bolivets, Barthelemy eccentric, Die Berliner Lieblinge, Orig.: Mita Rosselli, Lang-Goubrette, Orig.: Fritz Brand, Guncorff, Walter Barton, das Phänomen um Kaffeezüge, Vollbelustigungen.
Sonntag, Montag, Mittwoch, Ball und Sonntagabend bis 2 Uhr.

Passage-Theater.

Anf. Sonntag 3, Wochentags 5 Uhr, Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Fredi Charwenka
in ihrem Repertoire.
14 erstklassige Nummern.

Berliner Präter-Theater.

Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Goldene Herzen, Pantom.: Im Nachtschl., Harris, Kraftjongleur, The Jarrey. — Ulfst. — Langos. Ball, Konzert, Specialität.
Anfang 4 Uhr.
Eintr. 30 Pf. Num. Pl. 50 Pf.

Winter-Garten.

Neues Programm.
Mason u. Forbes, amerik. Excentric, Clément Lion, Zauberer, Lydia Dobranow, Feuertänzerin, Professor Mahou, kom. Jongleur, Perzina dressierte Affen, Gebrüder Schwarz, Parodisten, Will Mera, Reckkünstler.
Heloise Titcomb, Sängerin.
Die 4 Milans, Kraftsummer, Neiss-Familie, akrobatischer Akt, Castor Watt, Verwandlungskünstler, Carnevalsartist*, Ballott, Biograph.

Speck Wurst Spec.: Landschinken.

Speck, fett u. mager 6 Pfd. 65 Pf.
b. 5 Pfd. 60
Zwiebel- u. Rotwurst 55
bei 5 Pfd. 50
Braunsch. Zwiebelwurst 65
bei 5 Pfd. 60
Thüringer Fleischwurst 65
bei 5 Pfd. 60
Mettwurst u. Polnische 65 u. 70
Braunsch. Kalbsleberwurst 90
Pommersche Landleberwurst 95
Prima Schinkenwurst 95
Westf. Schinkenwurst 125
echt Thüring. Cervelat und Salami 110-145
Ostpr. Landschinken 95
Delikatess-Schinken 110

Carl Klähn, Charlottenburg, Berliner-Strasse 119.

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.
Sonntag früh 6 Uhr:
Besichtigung nach Bernau-Bieenthal-See, Potsdam 2 Uhr: Nach Französisch-Buchholz (Rüben).
Seide Startis: Vrenslauer Thor.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, 84/20
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Montag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Branchenversammlung d. Bürsten- u. Pinselmacher etc.
im Lokal von Pfeffer, Rosenhalestr. 57.
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Kollegen F. Leopold, 2. Diskussion, 3. Bericht über den Streik bei der Firma Schächter, Borsigstr. 4. Verschiedenes.
Kollegen! Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung halber erwartet pünktliches und zahlreiches Erscheinen
Die Branchenkommission.

Treppengeländer-Fabriken!

Montag, den 6. Juni, abends 8 Uhr
im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Jede Werkstatt und Branche muß Delegierte entsenden. — Verbandsbuch legitimiert.
Die Kommission.

Verein der Bauanschläger Berlins u. Umgegend.

Am Sonntag, den 5. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Franke, Sebastianstr. 39:
Versammlung.
Kollegen! Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht zu erscheinen. — Außerdem werden die Kollegen auf die diesjährige Landpartie aufmerksam gemacht. — Mitglieder werden aufgenommen.
Der Vorstand.
NB. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei August Schröder, Sebastianstr. 50.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Bureau und Arbeitsnachweis Rosenhalestr. 57 (Gornaustr. 28).
Geöffnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telefon III. 1296.
Montag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilke (früher Nämann), Brunnenstraße 189:
Beschließende Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Der Streik unserer Kollegen bei der Großen Berliner Straßenbahn 2. Antrag auf Erhebung eines Extrabeitrages, 3. Antrag der Verwaltung, den Unorganisierten keine Unterstützung mehr zu zahlen, 4. Verschiedenes.
280/12
Da wichtige Beschlüsse gefasst werden sollen, muß jeder pünktlich erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Gleichzeitig machen wir auf das am Sonntagabend, den 11. Juni, im Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 149, stattfindende **Sommerfest mit Ball etc.** aufmerksam und bitten um rege Beteiligung.
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Bretterträger u. Brettschneider!

Sonntag, den 5. Juni, nachmittags 1 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15:
Große öffentliche Versammlung
des Verbandes der Hafnarbeiter und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Mitgliedschaft Berlin II.
Tages-Ordnung:
1. Welche Maßnahmen ergreifen wir zur besseren Durchführung des Lohnstreiks? Referent: Kollege Deder aus Magdeburg. 2. Diskussion und Verschiedenes.
19/8
In dieser Versammlung werden die Kollegen vom Berliner Holz-Comptoir, der Kollege Altman ganz besonders eingeladen.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrerverein Rixdorf.

Vereinslokal: H. Thiel, Bergstr. 151/152.
Sitzung: jeden Dienstagabend 1/2 9 Uhr.
5. Juni, 1 Uhr: nach Briesdorf. 12. Juni, früh 8 Uhr: Familienfest nach Reue Rühle. 19. Juni, 1/2 1 Uhr: nach Briesdorf. 26. Juni, 1 Uhr: nach Rudow. 3. Juli, 12 Uhr: nach Steglitz. — Dienstag, den 12. Juli, **Generalversammlung.** Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Paul Kampffmeyer: Wandlungen in der Theorie u. Taktik der Sozialdemokratie.

(104 S. brosch. 75 Pf.)
Durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs, sowie direkt vom Verlage zu beziehen. (Porto 10 Pf.)
Demnächst erscheint:
Fritz Brupbacher: Kindersagen — und kein Ende?
(Preis 20 Pf.)
Der Verfasser, ein Schweizer Arzt und Parteigenosse, erörtert hier in streng wissenschaftlicher Weise die Frage des „Kindersagens“ für die Arbeiterklasse und dürfte damit eine der wichtigsten Gegenwartsfragen, die von unserer Seite beantwortet werden müssen, zur lebhaften Diskussion gestellt haben.
61971*

Thöldtes Grand Restaurant „Ostend“.

Schönstes Lokal an der Obersprea am Wald und Wasser gelegen. ☺
Wichtige Dampfverkehre von Witznau-Brücke, Wochentags 20 Pf. (mit Kuffen-Dampfer) Sonntags 40 Pf., ca. halbständlich.
Sonntags: Grosses Frei-Konzert und Ball.
Reine Gänge sind noch einige Sonnabende an Vereine, Gesellschaften, Fabriken zu vergeben.

7. August Schmidt, Köpenickerstr. 116, Tabakfabrik.

Billigste Bezugsquelle für alle Sorten
Schnupf-, Rauch- und Kautabake.
Cigarren, Cigaretten. — Amt IV, 7309.
Gegründet 1883.

Sechster Delegiertentag der Fieder-Gemeinschaft der Arbeiter-Sängervereinigungen Deutschlands.

(Abgehalten in Dresden am 22. und 23. Mai.) Außer den Vertretern des Ausschusses, der Kontroll- und Dirigenten-Prüfungskommission...

Bei der Berichterstattung der Prüfungskommission kam es zur eingehenden Kritik über die bisher angeschafften Lieder...

ein großer Prozentsatz für Vertualungskosten draufgeht; dann erhalte der Verleger seinen Anteil...

Das bisher zweimal jährlich herausgegebene Flugblatt hat großen Anklang gefunden; es wurde hervorgehoben, daß sich dieses...

Als Sitz des Ausschusses wurde wiederum Berlin bestimmt und die bisherigen Mitglieder wiedergewählt...

Aus den Verhandlungen ist ersichtlich, daß die „Vierergemeinschaft“ sich rüstig weiter entwickelt und jetzt schon durch ihre Mitgliederzahl eine Macht bedeutet...

Alle Einwendungen von Kompositionen, sowie Anfrager, sind an den Obmann des Ausschusses, Otto Rasche, Berlin SO., Wrangelstraße 8 II., zu richten.

Table with 2 columns: 'Kartypreise von Berlin am 1. Juni 1904 nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums' and 'Witterungsübersicht vom 2. Juni 1904, morgens 8 Uhr.' containing various weather and price data.

Table with 2 columns: 'Witterungsübersicht vom 2. Juni 1904, morgens 8 Uhr.' and 'Wetter-Prognose für Freitag, den 3. Juni 1904.' containing weather forecasts for various locations.

Achtung, Bäckerstreik!

Bürger, Arbeiter und besonders Ihr Hausfrauen!

Unterstützt die streikenden Bäckerei-Arbeiter in ihrem schweren Kampfe zur Erriingung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Nur dort sind die Forderungen bewilligt, wo die mit dem Stempel des Verbandes der Bäcker, Mitgliedschaft Berlin, und der Unterschrift:

Karl Hekschold, Rosenthalerstraße 11-12

versehenen Plakate aushängen.

Wir bitten das geehrte Publikum, streng auf obiges zu achten, da von vielen Bäckermeistern versucht wird, durch Aushängen von nachgeahmten und gefälschten Plakaten die Bevölkerung zu täuschen und irrezuführen.

Wir appellieren an das Rechtsgefühl des Brot konsumierenden Publikums, diese Versuche der Täuschung, die von den Bäckermeistern unternommen werden, zu nichte zu machen.

Wir hoffen, dass uns die Bevölkerung auch ferner wie bisher in unserm berechtigten Kampfe unterstützen wird!

Wir machen das verehrte Publikum darauf aufmerksam, daß eine ganze Reihe Bäckermeister und Händler die Forderungen entweder zurückziehen oder durchbrechen.

Viele Meister nehmen, durch die Innungen scharf gemacht, unsre Plakate aus den Fenstern und machen den Kunden gegenüber allerhand Ausreden.

Bäckermeister, die ihre Bewilligungen zurückgezogen haben oder denen die Plakate von uns entzogen sind:

Achtung! Hausfrauen, Arbeiter von Moabit!

Nachstehende Bäckermeister haben auf hektographiertem Bogen in voriger Woche bei der Streikleitung ihre Bewilligung zurückgezogen:

- B. Rahl, Emdenerstr. 50. Th. Neumann, Oldenburgerstr. 19. Karl Weiser, Oldenburgerstr. 14.

- Georg Hein, Jagowstr. 20. Karl Schwarz, Havelbergerstr. 24. Paul Schmidt, Grassmückerstr. 12.

- Frau Rechenberg, Quittenstr. 4. Dr. Baack, Zwillingstr. 22. Ferd. Dürre, Turmstr. 62.

- Berlin. G. Weber, Breslauerstr. 11. Wöhme, Schleiermacherstr. 11. Naemke, Ritterstr. 40 u. Dreilehrstr. 20.

- Vorduhn, Raunhoferstr. 40. Anrodt, Adlerstr. 70. Albert Koch, Schlüterstr. 19.

- G. Nagel, Bäckerstr. 8. Niemi, Kochstr. 38. Hüblow, 48.

- K. Rohrlad, Kirchbäckstr. 5. W. Schlick, Or. Frankfurterstr. 38. B. Guckmann, Bahmannstr. 20.

- Schöneberg. Karl Krusche, Sedanstr. 61. Steuer, Hauptstr. 136. Meierwald, Apostel Paulstr. 15.

- B. Vack, Spandauerstr. 20. Joseph Schierke, Kaiser Friedrichstr. 47. H. Mack, Potsdamerstr. 10 a.

Lasse sich daher niemand täuschen!

Arbeiter, Hausfrauen! Kauff nur dort, wo die Plakate mit unserm Stempel anhängen.

Die Streikleitung.

